

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an :

Adresse : Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

Eine schöne Geschenkkarte wird im ersten Friedensinfo mitgeschickt.

☐ Ich überweise monatlich DM Spende für die Unterstützung der Friedensarbeit.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name Strasse

Plz Wohnort Telefon

----- schnipp-schnapp-ab -----

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, Kto 101 35 91, BLZ 560 614 72
Postscheckkonto Ffm, Sonderkonto Hilde Engelmann, Kto 44 1898-603

Telefon des Friedensbüro: 06762-6075 (Beate und Barbara)

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

IMPRESSUM: -Friedensinformationen- der FI Rhein-Hunsrück-Mosel
Bopparderstr. 25; 5448 Kastellaun

V.i.S.d.P.: Reinhard Sczech, Horst Petry, Barbara Müller

DRUCK: Petry, Pfalzfeld.

Friedens - Informationen



Nr. 31 Februar 1988

Preis 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Awai awwer flott!!
Schluß mit den Manövern!



Anwesend waren die Stammtische Bacharach, Boppard, Buchholz, Gödenroth, Kastellaun und Kirchberg

1. OSTERMARSCH

- Ablauf:

Es besteht Einigkeit darüber, daß der Abschluß des dies-jährigen Ostermarsches in Sohren sein soll. Klemens wird beauftragt, nochmal wegen der Halle nachzufragen. Notfalls könnte auf die Halle in Büchenbeuren, die jedoch sehr viel kleiner ist, ausgewichen werden.

Am CM-Gelände bei Hasselbach soll eine Auftaktveranstaltung stattfinden. Um die beiden Orte miteinander zu verbinden, wurde vorgeschlagen, über vier verschiedene Routen von Hasselbach zum Flugplatz Hahn zu laufen. Damit die ganze Strecke aber nicht zu Fuß zurückgelegt werden muß, machte Claus-Hein den Vorschlag, einen Teil jeweils mit dem Fahrrad zu fahren und die Räder an bestimmten Punkten an eine andere Gruppe weiterzugeben und selbst wieder ein Stück zu laufen. Dies müßte alles noch genauer ausgeklügelt werden und ist wohl auch nur stammtischintern zu organisieren. Als Start für den eigentlichen Ostermarsch gilt das Atomwaffenlager bei Bärenbach. Von hier aus gehts, wenn möglich am Flugplatz entlang über Lautzenhausen nach Sohren.

- Programm:

Rednervoschläge (Personen- und Themenbezogen):

- Krawczyk oder ein anderer von der Ausweisung aus der DDR betroffener Mensch
- ein Gewerkschafter, der zu Arbeitsplätzen beim Militär was sagen kann
- Dr. Stück, Internist aus Koblenz, zum Thema Strahlenschäden (hat in Kirchberg hierzu schon einmal eine Veranstaltung gemacht und ist von den Kirchbergern vorgeschlagen worden)
- zum Thema Housing und die damit verbundene Belastung für eine Kommune (in Kaiserslautern gabs dazu schon mal spezielle Untersuchungen- Kontakt wird aufgenommen)
- zum Thema Rüstungskonversion - wurde aber verworfen, weil hier noch zu wenig greifbares bzw. überhaupt nichts in unserer Region existiert, stattdessen besser:

- zum Thema ökologische Belastung im Allgemeinen und im Besonderen im Zusammenhang mit Militäranlagen, z.B. Waldsterben in Anflugschneisen... Hier soll ein Förster aus der Region gefragt werden, der vielleicht auch was über mangelnde Arbeitsplätze im Forstbereich was sagen kann.

Kulturprogramm:

- Bourges Waldeck, eine französisch-deutsche "Co-Produktion", die wahrscheinlich zu der Zeit auf der Burg Waldeck ist - Claus-Hein fragt nach
- "Rotznase" - Theatergruppe - Rolf Haller kümmert sich drum. Ansonsten ist jeder aufgefordert, Ideen einzubringen und evtl. Kontakt zu ihm/Ihr bekannten Gruppen aufzunehmen.

- Mobilisierung:

Es sollen auch dieses mal wieder Plakate und Flugblätter produziert werden. Franz-Josef erhielt den Auftrag für einen Plakatentwurf. Als Motto wurde genannt: sowas ähnliches wie "Faß ohne Boden" oder "Die Bedrohung bleibt"

In unseren Materialien soll auf den zentralen rheinland-pfälzischen Ostermarsch in Kaiserslautern am Ostermantag hingewiesen werden, da Materialien aus Mainz erfahrungsgemäß kaum verteilt werden, wenn eigene da sind. Angestrebt wird auch die Möglichkeit von Fahrgemeinschaften nach Kaiserslautern.

2. FRIEDENSINFO

Es werden noch Leute für die Redaktion gesucht. Axel, der regelmäßig mitgearbeitet hat, ist vorübergehend ausgefallen.

3. VOLLVERSAMMLUNG

Auswertung:

Beate hat die Kritik geäußert, daß die VV schlecht vorbereitet und zum Schluß alles am Büro bzw. an ihr hängen blieb. Sie hat sich nicht wohl dabei gefühlt. Franz-Josef hat ihr jedoch bescheinigt, daß sie die Gesprächsleitung sehr gut gemacht hat. James hat vorgeschlagen, sich in Zukunft auf einige wenige Punkte zu konzentrieren, die die Anwesenden auch dazu motivieren, mitzumachen.

Die nächsten VVs sollen von den Delegiertentreffen besser vorbereitet werden, indem sie jedesmal Gegenstand der Tagesordnung werden.

4. INFOS VON DEN STAMMTISCHEN/GRUPPEN

- Bacharach/Viertälergebiet berichtet über Beschluß des Gemeinderates (s. Bericht)
- Unsere Preisausschreiben-Aktion hat großes Echo
- Beate hat eine Unterschriftenliste vorgelegt gegen die weiteren Ausfahrten der Cruise-Missiles-Konvois, die aber nochmal überarbeitet und gekürzt werden soll.

5. DIES UND JENES

- Es wurde angeregt, eine Videothek fürs Büro anzulegen. Leute mit brauchbaren Videobändern und mit Interesse an der Mitarbeit in der entsprechenden Redaktion treffen sich an jedem ersten Mittwoch des Monats.
- Es gibt die Idee sowas wie einen "Eine-Welt-Laden" einzurichten, der neben dem Verkauf von Waren aus der sog. Dritten Welt auch ein Treffpunkt sein und ein Diskussionsforum bieten soll. Wie das evtl. näher aussehen und entstehen könnte, darüber beraten Interessierte am 26. Febr. um 20 Uhr im Friedensbüro.
- Zum Flugblatt "Wußten Sie schon"
Es gab mehrere Themenvorschläge, die man behandeln könnte. Die Themenvorschläge sollen nun in Anzeigenform veröffentlicht werden, so daß interessierte Leser sich jeweils durch Ankreuzen ein Thema heraussuchen und das ganze ans Büro senden können.
- Claus-Hein stellt ein Modell für einen Infotisch vor, der leicht ab- und aufgebaut werden kann und so zerlegt werden kann, daß er in jeden PKW paßt. Ein prima Ding! Bis zum nächsten mal macht er eine Kostenaufstellung und dann wird entschieden, ob das erste Exemplar in Auftrag gegeben wird.
- Das Büro bekommt eine neue Schreibmaschine.

Für alle Tippfehler und sonstige Unzulänglichkeiten verantwortlich:

Heidrun

FRAUENGRUPPE:

Wir sind eine handvoll Frauen auf der Suche nach Gleichgesinnten. Wir wollen uns in einer festen Gruppe mit unseren Vorstellungen und Erwartungen an unsere Rolle als Frau in Partnerschaft, Familie und Gesellschaft auseinandersetzen.

KONTAKT: Brigitte Kuhn, Telefon: 06763/3719

- 4 -

Die wichtigsten Meldungen von der Vollversammlung am 29.1.1988

- Es wurde beschlossen, am Ostersonntag einen Ostermarsch hier im Hunsrück durchzuführen, wobei sowohl das Stationierungsgelände bei Hasselbach, als auch der Flughafen Hahn miteinbezogen werden soll.
- Es wurde beschlossen, daß die FI-Rhein-Hunsrück-Mosel mit zur Demonstration in Birkenfeld-Ellweiler am 20.2. aufrufen soll. *(siehe Flugblatt in der Mitte)*



Am 27.1. lagen alle 96 Kreuze auf dem Friedensacker flach. Wer derartige Aggressionen gegen die Kreuze verspürt haben muß, ist bisher noch nicht bekannt. Was wirklich toll und ermutigend ist, ist daß allein zwei Tage später bereits wieder 70 Kreuze standen.
Allen, die dabei mitgeholfen haben herzlichen Dank!!!

Was mit den neuen Sicherheitsgesetzen höchstwahrscheinlich auf uns zukommen wird

(Kurzprotokoll eines Arbeitskreises bei der Friedensversammlung am 7.2. in Mainz)

- Filmen und fotografieren durch die Polizei wird gesetzlich erlaubt, wenn bei der Demonstration gewalttätiges Verhalten zu erwarten ist. (d.h., bisher war es nicht gestattet!!!)
- V-Laute sollen verdeckt Straftaten durchführen können
- Journalisten sollen als V-Leute geheuert werden dürfen
- Das Vermummungsverbot wird von einer Ordnungswidrigkeit zu einer Straftat, d.h., die Polizei wird auf jeden Fall eingreifen müssen.
- Zusammenarbeit zwischen den Organisatoren von Demonstrationen und der Polizei soll zwingend werden, wobei die Demo-Organisatoren unter Androhung eines Bußgeldes gezwungen werden sollen, sich den Fragen der Polizei zu stellen, während die Polizei nur Auskunft geben muß, wenn sie es für sachdienlich hält.

Dieses sind nur kleine Kostproben aus dem sog. Artikelgesetz. Wir wollen versuchen, den Rechtsanwalt, der in Mainz bei diesem Arbeitskreis referierte, für eine Veranstaltung hier auf dem Hunsrück zu gewinnen. Dazu möchten wir dann auch Vertreter der Polizei einladen.

EINLADUNG ZU EINEM GEMÜTLICHEN ABEND VOR DER 'GLOTZE

Alle Videoaufnahmen von Sendungen über den Hunsrück sollen mitgebracht und angeschaut werden. Anschließend soll in gemütlicher Runde ein Gespräch stattfinden. Zu diesem Abend wird auch die Polizei eingeladen, um mal wieder etwas mehr miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zeit: Mittwoch, den 2. 3. 1988 um 19.30 Uhr

Alle sind herzlich eingeladen!

Ort: Ev. Gemeindhaus in Bell

Wer interessante Videoaufnahmen zur Friedenthematik oder über den Hunsrück hat, möchte diese bitte mitbringen und sich am besten vorher mit James kurzschließen.

● PLAKATWETTBEWERB DER UNO ZUR ABRÜSTUNG !

Die UNO hat einen weltweiten Wettbewerb für ein Plakat zur Abrüstung ausgeschrieben. Der beste Entwurf wird mit 2.500 Dollar prämiert. Jede/r kann mitmachen.

Infos von: Franz Josef Hofmann, Tel. 06742/2715.

-5-

- 17.2. 14.00 Uhr Prozeß in Bad Kreuznach gegen Birgit Berg u.a. BlockiererInnen
 19.2. 19.30 Uhr Delegiertentreffen im Friedensbüro
 20.2. Demonstration in Birkenfeld Ellweiler (siehe Flugblatt)
 24.2. 13.30 Uhr Besuch der 2ten Bereitschaftspolizei in Wittlich-Wengerohr
 25.2. Treffen des Konversionsarbeitskreise
 26.2. 20.00 Uhr Treffen aller Interessierter zu Fragen Alternativstrukturen im Hunsrück, Eine-Welt Laden in Kastellaun usw. im Friedensbüro
 29.2. bundesweiter Abschalttag aus Protest gegen die Atompolitik
 4.3. 19.30 Uhr Delegiertentreffen im Friedensbüro
 9.3. Prozeß in Simmern (Uli Thörmer, Krüger)
 2.3. "gemütlicher Abend vor der Glotze" um 19.30 Uhr im Ev. Gemeindehaus Bell
 14.3. Prozeß in Simmern (Hippler)
 18.3. 19.30 Uhr Vollversammlung der Friedensinit. im Ev. Gemeindehaus Bell

Vorankündigung: Am Ostersonntag findet hier im Hunsrück wieder ein Ostermarsch statt. Er soll sowohl das Stationierungsgelände bei Hasselbach, als auch den Flughafen Hahn miteinbeziehen.
 Am Ostermontag findet der rheinlandpfälzische Ostermarsch in Kaiserslautern statt.

Ökologie, Ökonomie und Frieden

Der Gedanke eines "alternativen Ladens" in Kastellaun wurde auf den Delegiertentreffen und bei der VV mehrfach angesprochen.

Dabei wurde u. a. an ein Forum gedacht, daß Dritte-Welt- und Ökologiefragen aufgreifen sollte. Auch an eine Verkaufsstelle für bestimmte Produkte wurde gedacht.

Mögliche Schwerpunkte könnten sein:

- Forum für Veranstaltungen, Diskussionen im Ökologie-, Ökonomie-, und Umweltschutzbereich,
- "Eine-Welt-Laden",
- Verkauf/Information von gesunden und umweltfreundlichen Produkten,
- Verkauf von Büchern, Zeitschriften aus dem Friedens-, Dritte-Welt-, Ökologiebereich,
- Verkaufs-, Ausstellungsfläche für bereits bestehende Läden und Initiativen,
- Verkaufs-, Tauschbörse für Garten- und Landwirtschaftliche Produkte aus dem Hunsrück.

Wichtig wäre noch, daß es uns, gerade in diesem Bereich, gelingen sollte, friedlich miteinander umzugehen. Bestehende Läden und Initiativen sind eingeladen mitzugestalten und mitzuarbeiten. So sollte es uns gelingen dem üblichen Wirtschaft- und Konkurrenzkampf mit positiven Ansätzen entgegenzuwirken.

Interessierte treffen sich am 26. Februar um 20.00 Uhr im Friedensbüro. Kontakt: Rolf (06762/6038)

CRUISE-MISSILES UND KEIN ENDE !

Es wäre ja so schön gewesen... Vertragsabschluß in Washington, Einstige in die Abrüstung und die Raketen waren vergessen.
 Die Ausfahrt zum Vertragsabschluß war noch mal ein faux-pas der amerikanischen Beschützer, dann trat Ruhe ein.
 Diesen Dornröschenschlaf muß ich leider stören - beweisen doch die letzten Ausfahrten eine neue Qualität der amerikanischen Manövertätigkeit!

Freitag, 5.2., 7 Uhr 45: bereits gestern rechneten wir mit einer neuen, der dritten größeren Ausfahrt in diesem Jahr. Verstärkte Aktivitäten im Innern weisen deutlich darauf hin. Heute geht die Beobachtung weiter. Ca. 9 Uhr 30 wird der Verdacht zu Gewißheit, als die massive Polizeibegleitung (diesmal ca. 13 Einsatzwagen, darunter zwei Busse), anrückt.
 Um 10 Uhr ist der Konvoi fertig, die Militärmaschine rollt an. Möchte sie uns, die wir mit Transparenten vor Tor 2 stehen, ein Schnippchen schlagen? Denn nicht an diesem Haupttor setzt sich die Kolonne in Gang, sonder das Tor 1 wird geöffnet. Glücklicherweise habe ich dort mein Auto abgestellt und so die Vorbereitungen überhaupt mitbekommen. So wird der trickreiche Versuch (wenn es einer war) zur Palle. Um die enge Kurve können die schwereren Konvoifahrzeuge nur ganz langsam fahren - Platz und Zeit genug für Beate und Maria, sich mit dem Transpaent "no more manoevers" dreimal vor Werferfahrzeuge zu stellen und den Konvoi zu stoppen. Hierbei werden sie ausgiebig und rechtswidrig von einem Polizisten gefilmt - er will seine neue Kamera ausprobieren, heißt es!
 Die Fahrt hinter dem Konvoi (heute vier Werferfahrzeuge mit Begleitung) führt uns an diesem Tage nach Baumholder. Über die Hunsrückhöhenstraße durch Birkenfeld, schließlich über die A 62 nach Baumholder hinein. Dabei bekommen wir halsbrecherrissige Überholmanöver der Polizeifahrzeuge mit, die von ganz hinten am ganzen Konvoi vorbei nach vorne müssen, um dort Straßen abzusperren.

Kurz hinter dem Ortseingang Baumholder ist für uns die Fahrt vorbei: Fahrzeug- und Personenkontrolle! Die fadenscheinigsten Gründe müssen herhalten. Wir hätten uns in den Konvoi gemischt, was verboten sei (offensichtlich aber nur, wenn wir das tun und nicht bei anderen), wir wären zu lange mitgefahren (aha!) und wir wären verdächtig gewesen (ach so!). Immerhin ist jetzt die Route bekannt, wir rechnen mit der Heimfahrt am Donnerstag.

Soweit alles wie immer, die gleiche Behinderung des Verkehrs, der sich in endlosen Kolonnen hinter den Konvois hermueht, die gleiche Bedrohung, die von den atomaren Vernichtungswaffen ausgeht, das gleiche Denken, daß man für den Krieg immer, ständig gerüstet und einsatzbereit sein muß. Es hat sich dies alles nicht nur geändert seit dem INF-Vertrag, sondern es geht verstärkt weiter, denn:

Gleich am folgenden Montag wird noch eins draufgesattelt: mindestens zwei Werferfahrzeuge mit Anhang und Polizeibegleitung werden auf der B 50 Richtung Autobahn gesichtet: sie fahren nach Montabaur ins Manöver, wie sich herausstellt. ...jeder Tag Manövertag? Was für eine Perspektive!

Nein, das Jahr beginnt nicht gut für die Abrüstung. Die Manövertätigkeiten entfalten sich offensichtlich erst zur vollen "Blüte". Und das soll noch drei Jahre weitergehen.

Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel c/o Friedensbüro Kastellaun, Bopparderstr.25
5448 Kastellaun
Tel. 06762-6075
z.H. Beate Ronnefeldt

An Herrn
Polizeiobererrat
Lienhard Münder
Kreisverwaltung Simmern
6540 Simmern

Kastellaun, den 8.2.1988

Betr.: Fragwürdiges und rechtswidriges Verhalten der Polizei am 5.2.1988 am
Stationierungsgelände bei Hasselbach

Sehr geehrter Herr Münder!

Wie Sie wissen, gab es am 5.2.1988 gegen 10.00 Uhr wieder eine Ausfahrt einer Cruise-Missile Einheit.
Hierbei waren ein paar Mitglieder der Friedensinitiative, die schon die Tage zuvor aufmerksam das Gelände beobachtet hatten, um bei der Ausfahrt eines Cruise-Missile-Konvois gegen die Durchführung weiterer Manöver der Cruise-Missile-Einheiten nach der Unterzeichnung des INF-Abkommens zu protestieren, zugegen.
Nun kam es bei der Ausfahrt zu einem Verhalten der Polizei, welches uns sehr befremdet hat. Es ist auch ein Verhalten, welches ganz und garnicht zum Tenor der bisherigen Kontakte der FI zur Polizei hier im Hunsrück paßt.
Ich meine die Tatsache, daß wir geradezu provokativ von einem Ihrer Kollegen, offensichtlich, abgefilmt wurden. Methoden, die eigentlich garnicht in eine Demokratie passen, - leider aber im Zeichen der "Wende" immer mehr praktiziert werden.
Mir erschien dieses Verhalten uns gegenüber entwürdigend, abgesehen davon, daß die Polizei hiermit den Boden des gültigen Rechts verlassen hat.
Nun, ich habe mir viele Gedanken dazu gemacht, da ich, ehrlich gesagt, mit solchen Methoden Ihrerseits hier auf dem Hunsrück nicht gerechnet hatte. Ich war immer davon ausgegangen, daß Sie es mit Ihrer Offenheit ernst meinen und daß Sie bewußt auf solche Methoden verzichten würden.
Ich könnte mir vorstellen, daß zu solch einer Maßnahme Ihrerseits sehr ungern die Anordnung gegeben wurde. Ich kam zu dem Schluß, daß Sie höchstwahrscheinlich auf Weisung hin so gehandelt haben.
Könnte es sein, daß der Air Force unser Beobachten der Cruise-Missile-Manöver zu weit gegangen ist und daß sie auf höherer Ebene darum bat, uns ein wenig einschüchtern zu lassen?
Welchen Zweck sollte es sonst auch haben, uns zum so und so vielen Male im Bild festzuhalten? Wir sind doch bekannt wie "bunte Hunde". Unsere Daten liegen Ihnen zum größten Teil vor. (Oder kann man noch "höher" steigen, als in der PIOS-Datei zu landen?)
Außerdem bin ich mir sicher, daß Sie uns inzwischen so gut kennen und davon ausgehen, daß wir uns durch solcherlei Maßnahmen keineswegs davon abhalten lassen, unserer Pflicht nachzukommen und immer wieder auf die massive Bedrohung hinzuweisen, die von den Cruise-Missiles ausgeht und die keineswegs auch nur um einen Deut nachgelassen hat seit der Unterzeichnung des INF-Abkommens, es sei denn, man würde damit aufhören, sie einsatzbereit zu halten, was ja auch die Einstellung der Manöver bedeuten würde.
Mit einer "Straftat" unsererseits, die zu erwarten gewesen wäre, so daß der Film als Beweismaterial benutzt werden könnte, hatte die Polizei am 5.2. offenbar nicht gerechnet. Im Gegenteil, sie schien sehr überrascht, als sie plötzlich entdeckte, daß wir den gesamten Konvoi zum Stehen gebracht hatten.
Also, was für Gründe für eine derartige Maßnahme bleiben da übrig?
Wir würden gerne mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen.
Von unserer Seite her gilt auf jeden Fall weiterhin, daß wir nicht von dem bisher gegangenen Weg des offenen Austausches und der gegenseitigen Achtung abweichen wollen.
Wir gehen davon aus, daß auch Sie diesen Weg weiterhin gehen wollen.
Lassen Sie sich nicht von einem Karren spannen, der in die falsche Richtung weist.
Wir wünschen Ihnen weiterhin alles Gute für Ihre Arbeit und Verbleiben mit friedlichen Grüßen

i.A. Beate Ronnefeldt

HAT SICH DER MASSTAB VERSCHOBEN ?

Nachdem es in den letzten Wochen zu vielfältigen Blockadeaktionen im gesamten Bundesgebiet gekommen ist, bei denen die Staatsanwaltschaft von sich aus nicht ermittelte (Rheinhausen, Lübeck, Grohnde, Gorleben, München-Haidhof usw.), fragen Angeklagte und Prozeßbesucher der Blockadeprozesse beim Simmerner Amtsgericht immer drängender nach der sog. Gleichheit vor dem Gesetz.
Erfreulicherweise greift die Presse dieses Thema inzwischen auch auf, -die Ungleichbehandlung verschiedener Blockierergruppen beginnt immer mehr zum Himmel zu stinken.
Amtsrichter Göttgen aus Simmern ist immer noch der Meinung, daß die sog. Fernziele (sprich Motive der BlockiererInnen) zur Urteilsfindung nicht berücksichtigt werden müssen. Für ihn bleiben diese Blockaden, wie sie hier im Hunsrück durchgeführt wurden, verwerfliches, strafwürdiges Handeln, sprich Nötigung.
Seiner Meinung nach müßten alle BlockiererInnen, auch die aus Rheinhausen usw., verurteilt werden.
Diese Sichtweise scheint zu ignorieren, daß Menschen, die sich existentiell bedroht sehen, in einer echten Demokratie ein Recht auf wirksamen, verständlichen Protest haben müßten.
Eine Demokratie wird geradezu dadurch belebt, daß Menschen mit aller Deutlichkeit auf Mißstände hinweisen. Leider ist es in der Regel so, daß erst die massiven Protestformen, bei denen es z.B. zu Regelversetzungen kommt, sich Gehör verschaffen. Dieses zeigt sich deutlich in der Geschichte der USA, z.B. bei der Abschaffung der Sklaverei oder bei der Erkämpfung gleicher Rechte für Schwarze unter Martin Luther-King. In den USA ist die Kultur des zivilen Ungehorsams fester Bestandteil politischer Auseinandersetzung.

Die Blockaden der letzten Wochen hatten immer Existenzbedrohungen als auslösendes Motiv: die Existenzbedrohung der Massenarbeitslosigkeit, der Gefährdung z.B. durch verschwundene Plutoniumfässer und anderer Sauererien aus dem Nuklearbereich, Massenvernichtungswaffen u.a. mehr. Wir leben inzwischen in vielerlei Hinsicht auf einem Pulverfaß. Wenn die Bevölkerung stillhält und all diese Verbrechen duldet, ist die Zukunft ernsthaft gefährdet. Umso mehr ist es zu begrüßen, daß inzwischen immer mehr Menschen aufstehen und sich dem Unrecht in den Weg stellen/setzen. Verständnis genießen sie dafür inzwischen nicht mehr nur in den eigenen Reihen: ranghohe Politiker stellen sich hinter oder schützend vor sie.

Richter Göttgen und mit ihm zusammen auch die hiesige Staatsanwaltschaft sowie Landesjustizminister Caesar scheinen unflexibel an dem festhalten zu wollen, was sich scheinbar immer schon bewährt hat. Sie scheinen die Zeichen der Zeit zu verschlafen. Maßstab ist für sie das, was sie einmal gelernt haben und was sich in ihren Augen bisher als richtig erwiesen hat.
Sie scheinen die Gefahr zu übersehen, daß, sollten die oben genannten Blockaden alle als strafwürdiges, verwerfliches Handeln eingestuft werden, ein reiner "Law and order"-Staat übrigbliebe. Wollen sie das?
Sogar vier Richter des Bundesverfassungsgerichtes haben diese Gefahr erkannt und es deswegen den Richtern ermöglicht, nicht jede Blockade von vornherein als verwerflich und damit strafwürdig einzustufen. Die Verwerflichkeit soll geprüft werden und Grundlage für das Urteil sein.

Kriterien zur Verwerflichkeit (Auszüge aus verschiedenen Urteilen von Oberlandesgerichten und dem Bundesgerichtshof)

"Verwerflich" in diesem Sinne ist ein Verhalten, das einen erhöhten Grad sittlicher Mißbilligung und somit ein gesteigertes Unwerturteil erfährt (BGH NJW 62, 1923 (1924), (OLG Koblenz NJW 86, 2432 (2433); OLG Köln NJW 86, 2443), ein Verhalten das nach dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden zweifellos kriminelles, strafwürdiges Unrecht darstellt (BGH NJW 53, 473) und nach richtigem allgemeinem Urteil sittlich zu mißbilligen ist (BGH NJW 54, 565).

Es wird zunehmend unverständlicher, warum Richter Göttgen eine echte Verwerflichkeitsprüfung nicht vornimmt. Wen zählt er noch zu den "billig und gerecht Denkenden"? Innenminister Schnoor, Björn Engholm, die vier Richter vom Bundesverfassungsgericht, seinen Kollegen von Tschoppe aus Bad Kreuznach, der vom Vorwurf der Nötigung in zweiter Instanz freispricht, auf jeden Fall nicht.

Richter Göttgen manövriert sich selbst immer mehr ins Abseits. Er könnte es dem Amtsgericht in Schwäbisch Gmünd nachmachen, welches die noch anhängigen Prozesse der Mutlangen-Blockaden größtenteils ausgesetzt hat, um einen Urteilsspruch vom Bundesgerichtshof abzuwarten, der in der nächsten Zeit gesprochen werden wird. Er könnte gut von seiner jetzigen Urteilspraxis abrücken, ohne sein Gesicht zu verlieren.

Es ist auch der Bevölkerung hier im Hunsrück, aber auch sicherlich anderswo, kaum zu vermitteln, warum alle möglichen BlockiererInnen "davonkommen", während ausgerechnet diejenigen mit drakonischen Strafen belegt werden, die mit zur, hoffentlich baldigen, Verschrottung der Cruise-Missiles beigetragen haben.

Ich bin der Meinung, daß alle Menschen, die im Sinne des Allgemeinwohls in gewaltfreier Weise sitzend demonstrieren, höchstens wegen einer Ordnungswidrigkeit (Regelverletzung) verurteilt werden dürften. Anstelle von Kriminalisierung (alle Hasselbach BlockiererInnen sind in der PIOS-Datei gelandet), sollte ihnen Lob zukommen. Schließlich sind diese Menschen auch bereit, bei ihrem Einsatz für die Allgemeinheit, Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Vielleicht ist es ja nur noch eine Frage der Zeit, daß Richter Göttgen, die hiesige Staatsanwaltschaft und Justizminister Caesar durch ständig zunehmende Blockaden davon überzeugt werden, daß sich der Maßstab verschoben hat und daß inzwischen der große Teil der "billig und gerecht Denkenden" solche Blockaden nicht für verwerflich hält.

Beate

**SPENDEN FÜR PROZESSHILFE
SIND MÖGLICH UND ER-
WÜNSCHT auf das Solidaritätskto.
der Friedensinitiative Rhein-Huns-
rück-Mosel, Volksbank Kirchberg,
BLZ 560 614 72. Kontonr. 301
088 761, Stichwort „Blockade“**

**Mit einem Brief an den Staatsratsvorsitzenden der DDR
reagierte die Vollversammlung der FI Rhein-Hunsrück-
Mosel-Nahe auf die jüngsten Ereignisse in der DDR.**

**An den
Staatsratsvorsitzenden der
Deutschen Demokratischen Republik
Erich Honecker
1000 Berlin**

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender,

**die Vollversammlung der Friedensinitiativen Rhein-Hunsrück-Nahe-
Mosel hat mit tiefer Betroffenheit die Aktionen der Staatsorgane
der DDR gegen Friedens- und Menschenrechtsgruppen in der DDR zur
Kenntnis genommen.**

**Wir kämpfen in der BRD engagiert für Atomwaffenfreie Zonen, die
weltweite Ächtung von Chemiewaffen und insbesondere gegen die in
unserer unmittelbaren Nachbarschaft stationierten atomaren Cruise
Missiles.**

**Nach den mutigen Initiativen des Generalsekretärs der KPdSU
Michail Gorbatschow und Ihrem Besuch in der BRD sind wir
erschüttert über die Festnahmen von Stephan Krawczyk, Freya Klier,
Bärbel Bohley, Wolfgang Templin, Vera Wollenberger und anderer in
der DDR.**

**Diese Aktionen schaden den internationalen Friedensbemühungen und
widersprechen den von der SED selbst gebilligten "Grundregeln
einer Kultur des politischen Streits".**

**Wir bitten Sie, sich für die Freilassung der inhaftierten
Mitglieder der Friedens- und Menschenrechtsgruppen, sowie die
Einstellung aller Strafverfahren einzusetzen.**

**Wir werden mit großem Interesse und Anteilnahme die weitere
Entwicklung, insbesondere der Berufungsverfahren verfolgen.**

Bell, den 29.1.1988

Handwritten signatures:
Jutta Dake
Karel. Liphu
Ingrid Marx
Kerstin Bernhardt
Beate Ciser
F. J. Lafume
B. R. Feldt
D. Sommerfeld
L. Koltz
Elisabeth
Reinhard Lenz
Hart. Peltz
Clemens Romyfeldt
H. August
Kungard Vay
Renate Fuchs
Manfred
Silvia Helber
Karin Köppl
Anke
Andrea
Hilbert

GEWINNEN SIE 10.000 DM !

Mit dieser Schlagzeile ging der Friedensstammtisch Kastellaun an die Öffentlichkeit. Gesucht wurden und werden Ideen mit den besten Vorschlägen für eine zivile Nutzung der Raketenbasis Hasselbach. Der Vorschlag, der in den nächsten 5 Jahren verwirklicht wird, erhält den Superpreis von 10.000 DM. Außerdem werden unter allen Einsendern, unabhängig von der Verwirklichung des Vorschlages, Sachpreise vergeben.

Vorschläge aus der Sowjetunion und Australien

Die Resonanz in den Medien war überraschend stark. Bisher sind zwar erst 20 Vorschläge eingetroffen, wir mußten aber schon in der Weltkarte nachschlagen um alle Absender richtig einzuordnen: Ufa in der Sowjetunion und Bendigo in Australien.

Jetzt noch mitmachen

Dem Erfindungsreichtum von Militärs und Rüstungsindustrie für immer neue Waffen müssen wir die Ideen des Friedens für eine lebenswerte Zukunft entgegensetzen. So einfach geht es:

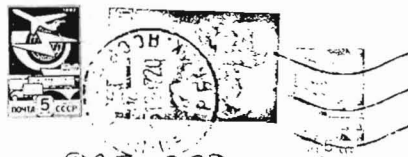
Die Idee für eine zivile Nutzung der Raketenstation Hasselbach auf einen Zettel oder Postkarte schreiben, absenden an:

Friedensbüro, Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun.

(Telefon: 06762-5181)

Dort können auch weitere Unterlagen angefordert werden.

Hier die Zuschrift aus der Sowjetunion:



Куда: PPF, BRD,
Hunsrückes Friedensbüro,

Ich vorschläge ein Gebäude zur Verfügung des Museums
«Unterzeichnung des Abkommens...» stellen. Alle Raketen -
nach dem Eisenschrott. Eines von diesen Raketen - nach
dem Pflug (für das Denkmal). Ein wenig Gebäude -
nach den Restaurants und Cafes. Alle andere -
nach den Museums: russische und amerikanische
(die Folklore, die Kleider, die Lieder, die Erzählungen
und viele andere). Und viele Blumen.

* Gattipullen Eirat, St. Kurikin Straße, Ufa, 450092,
Чувашская АССР.

Тарифхранилище Аират, СССР, г. Уфа, 450092,
ул. имени Спешкина Кулшарипа, дом 18/1, квар-
тира 21.

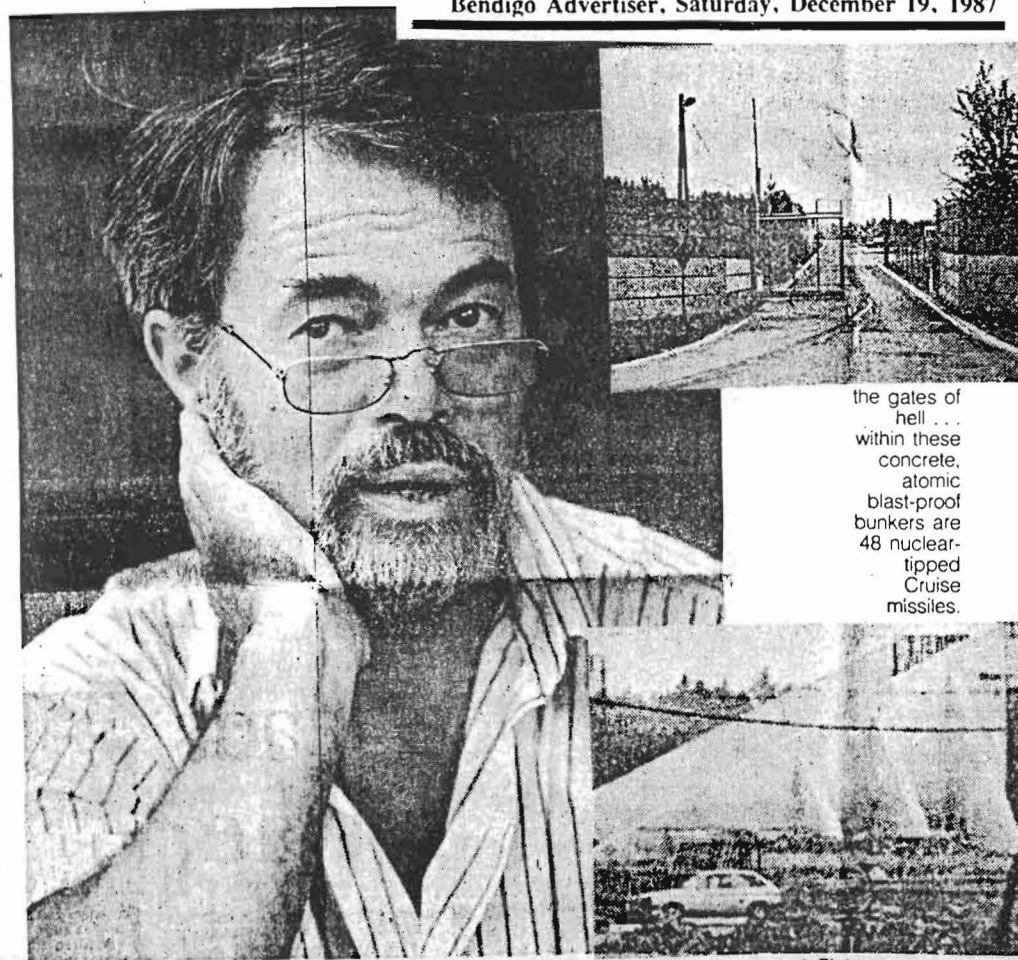
Адрес: ул. имени УдССР,
д. 18/1, 21,
г. Уфа, Чувашская АССР.

ИН АИРАТ

GÜNTER FELIX IN AUSTRALIEN

In großer Aufmachung brachte in Australien der "Bendigo Advertiser" einen Bericht über die Raketenstationierung und das Militär im Hunsrück. Interviewt wurde Günter Felix aus Hasselbach, der sich für drei Monate privat und geschäftlich in Australien aufhält. Schon lange unterstützt Günter aktiv und finanziell die Friedensarbeit im Hunsrück. Im vergangenen Jahr machte er in einem Interview mit einer lokalen Radiostationen auf die Situation in Hasselbach aufmerksam. Mehrere australische Besucher haben sich inzwischen im Hunsrück über die für australische Verhältnisse unvorstellbar massive Militärpräsenz überzeugt.

Bendigo Advertiser, Saturday, December 19, 1987



● ABOVE: Günter Felix, back in Bendigo this week on his yearly visit. "The villages hardly had any vehicle traffic before the Air Force base. Now we have up to 1500 cars a day going through our streets."

● Pictures:
SUE WESTE
and
W. DUPUIS.

Die Gemeinderäte von Manubach und Oberdiebach folgten nicht dem Antrag der Fi-Viertäler, die Mobstützpunktpläne des Verteidigungsministeriums zurückzuweisen und eine Freigabe zur zivilen Nutzung zu verlangen.

Der Verbandsbürgermeister unterband einen solchen Beschluß und erklärte die Räte für nicht befugt. Rest siehe unten!

aus dem Amtsblatt d. V.G. Rhein-Nahe:

Manubach

Bericht über die Sitzung des Ortsgemeinderates von Manubach am 14.12.1987, 19.00 Uhr, im Dorfgemeinschaftshaus

4. Antrag des Friedensstammtisches Viertäler;
Umwandlung der bisherigen Raketenstation in ein Feriengebiet
Der Friedensstammtisch Viertäler hat einen Antrag an das Bundesverteidigungsministerium und Bundesvermögensamt der Ortsgemeinde zur Kenntnis gebracht und gleichzeitig gegenüber der Ortsgemeinde beantragt, das Antragsbegehren, nämlich die Rückführung der ehemaligen Raketenstation in einen zivilen Nutzen, speziell die Ausweisung eines Ferieh- und Kinderzeltplatzes, zu unterstützen. Bürgermeister Fels wies darauf hin, daß dieses Ansinnen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fällt und insofern für den Gemeinderat auch kein Beschlußrecht besteht. Angesichts der verwilderten Hinterlassenschaft nach Abzug der amerikanischen Militärstation sieht die Ortsgemeinde jedoch insofern ein Interesse ihrerseits begründet, als der Erwerb des Geländes für Gemeindezwecke von grundlegender Bedeutung ist.

Der Ortsgemeinderat beschließt nach eingehender Beratung, die Verbandsgemeindeverwaltung zu beauftragen, beim Bundesvermögensamt nachzufragen, ob der Bund bereit ist, das Gelände an die Ortsgemeinde zu veräußern da zutreffendenfalls grundsätzliches Interesse seitens der Gemeinde an einem Ankauf für Wiederaufforstungszwecke besteht. Es wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß nicht beabsichtigt ist, dem Antrag der Friedensinitiative in Bezug auf die Ausweisung eines Ferienplatzes zu folgen. Insofern wird der Antrag der Friedensinitiative einstimmig abgelehnt und der Antrag zur Kaufanfrage zu ortsüblichen Preisen für Zwecke der Wiederaufforstung einstimmig befürwortet.

Kein Gottesdienst mit US-Soldaten

aus: „Glaube u. Heimat“ 7/88

Hasselbach/Hunsrück (epd). Ein gemeinsamer Gottesdienst mit Mitgliedern der Hunsrücker Friedensbewegung und US-Soldaten wird nicht zustande kommen. Bei einem Treffen mit dem Kommandeur der Hasselbacher Marschflugkörperbasis Colonel Dennis K. Hummel kurz vor Weihnachten hatten Vertreter der Hunsrücker Friedensinitiative einen entsprechenden Vorschlag an den Kommandeur herangetragen. Damals hatte er geantwortet,

er wolle darüber nachdenken: „Das ist nicht unmöglich“.

In einem Brief an das Friedensbüro gab Colonel Hummel jetzt eine ablehnende Antwort: „Solche Zusammenkünfte“ mit US-Soldaten „und Teilnahme an Gottesdiensten“ könnten als politische Tätigkeiten interpretiert werden. Militärangehörigen ist es jedoch nicht gestattet, an Aktivitäten politischer Natur teilzunehmen. Diese Teilnahme würde das NATO-Truppenstatut verletzen.

ANTIGRAFFITI SYSTEM IN HASSELBACH IST FUTSCH

Zehn Tage vor dem Ostermarsch 1987 begann ein Malerbetrieb aus Emmelshausen im Auftrag des Staatsbauamtes die Hasselbacher Raketenmauer neu zu streichen. Den Militärs waren die vielen Bilder und Sprüche von der Großdemo im Oktober ein Dorn im Auge. Daher wurde diesmal nicht gespart.

Der teuerste Anstrich im Hunsrück

Mit einem „Antigraffiti“ System (Icosit 6220) sollte jede Bemalung durch Friedensbewegte wieder leicht entfernt werden können. Zuerst wurde die Mauer mit einer Zwei-Komponenten-Farbe auf Epoxidharzbasis gestrichen. Ein kleiner 10 kg Eimer kostete satte 170,-DM. Die Mauer ist 1.500 Meter lang und 3 Meter hoch. Der ganze Anstrich kam auf etwa 250.000 DM. Immerhin, der Rüstungshaushalt wurde somit ein kleines Fitzelchen umgeschichtet, denn mit Antigraffiti Farbe kann man nicht schießen.

Giftbrühe versickert im Erdreich

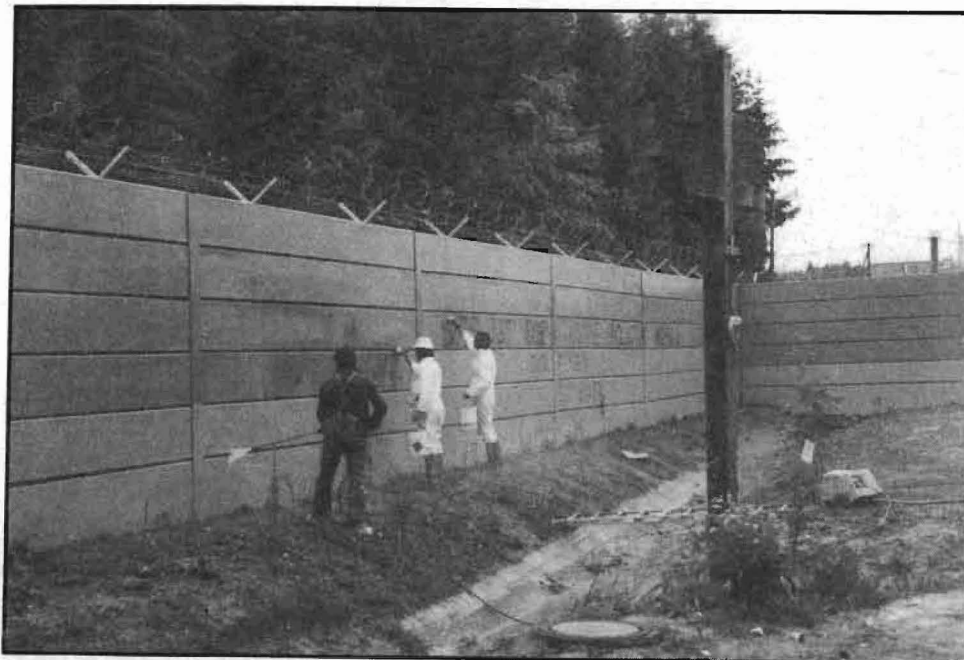
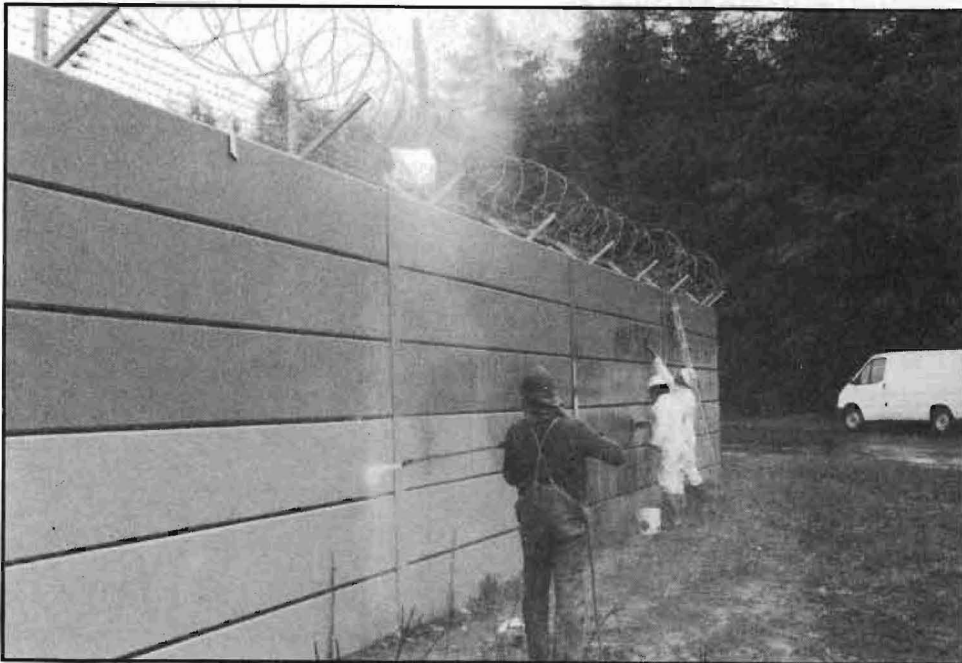
Doch dann begann der Skandal des „Antigraffiti-Systems“: Kaum waren die ersten Sprüche auf die Mauer gemalt, wurde mit giftigen Lösungsmitteln alles wieder abgewaschen. Die Giftbrühe wurde dann auch noch mit einem kräftigen Wasserstrahl abgespült und versickerte im Erdreich.

Obwohl die Raketenstation Hasselbach zu jener Zeit rund um die Uhr von der Polizei bewacht wurde, stellt man sich bei der „Unteren Wasserbehörde“ in Simmern dumm. Angeblich seien „für das Überstreichen der Sprüche jeweils eine wassergebundene Dispersionsfarbe (Latexfarbe) benutzt“ worden.

Behörden drücken alle Augen zu

Da die Amtshilfe zwischen Polizei und Unterer Wasserbehörde offensichtlich nicht funktioniert, hat die Friedensinitiative eigene Fotos zur Verfügung gestellt. Es darf gespannt gewartet werden, wie nun alles in den Mühlen der Bürokratie versickert. Wenn es ums Militär geht, haben die Behörden bisher noch immer alle Augen zugeedrückt.

Mit Strafverfolgung der Verantwortlichen ist daher nicht zu rechnen, es sei denn, für Umweltvergehen währen Staatsanwalt Halfmann und sein getreuer Gehilfe, Amtsrichter Göttgen zuständig.



Kreisverwaltung des Rhein-Hunsrück-Kreises

6540 SIMMERN/Hunsrück
Ludwigsstraße 3-5 · ☎ 067 61 / 820

Kreisverwaltung, Postfach 300, 6540 Simmern/Hunsrück

Friedensinitiativen
Rhein-Hunsrück-Nahe-Mosel
c/o Werner Wanger
Reitweg 45

5581 Mastershausen

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsre Zeichen	Gesprächspartner/Zimmer	Durchwahl	Datum
		Ref. 63,	H. Schanz/2.14	82-166	04.01.1988
		Az.: 660-13-46			

Betr.: Vollzug der Wassergesetze;
hier: Schutz des Grundwassers in Hasselbach/Hunsrück

Bezug: Ihre Anzeige einer Grundwasservergiftung vom 14.12.1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Schreibens vom 14.12.1987 wurde der angegebene Sachverhalt überprüft. Die bunte Bemalung der Beton-Sichtschutzmauer an der militärischen Anlage bei Hasselbach wurde in der Vergangenheit mehrfach überstrichen. Das Bemalen der Mauer und das Überstreichen der bunten Sprüche ist für die Kreisverwaltung als untere Wasserbehörde nur dann von Bedeutung, wenn hierzu wassergefährdende Stoffe benutzt würden. Über die für die bunte Gestaltung der Mauer benutzten Farben liegen uns keine Informationen vor. Dagegen ist uns bekannt, daß für das Überstreichen der bunten Sprüche jeweils eine wassergebundene Dispersionsfarbe (Latexfarbe) benutzt wird. Lösungsmittel für das Entfernen der bunten Mauergemälde wurden bisher nach unseren Informationen noch nicht benutzt.

Durch den Verzicht auf den Einsatz von giftigen Lösungsmitteln zum Reinigen der Mauer und durch das Benutzen von wassergebundenen Dispersionsfarben ist sichergestellt, daß die von Ihnen befürchteten schädlichen Einwirkungen auf das Grundwasser nicht eintreten können.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitteilung vom 14.12.1987 und sind gerne bereit, bei Maßnahmen, die zu einer Verunreinigung des Grundwassers führen können, Informationen entgegenzunehmen und einzuschreiten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

(Knapf)

Friede und alles Gute
Ralf Kauer, Kirchberg

+++Kurzmeldungen+++Kurzmeldungen+++Kurzmeldungen+++Kurzmeldungen

- Lore Weckbecker hat die Verteidigungsrede von Petra Kelly vor dem Amtsgericht Simmern im Büro hinterlegt. (Kann bestellt werden.)
- Die Ergebnisse (Protokoll) der Landesfriedensversammlung können angefordert werden bei: Marlies Schläger Tel.: 06131/228546
- Die Redaktion der Friedensinfos bittet um Verständnis, wenn der eine oder andere Autor seinen Beitrag nicht in diesem Heft wiederfindet, aus Kostengründen (Porto/Druck) sind wir an eine Höchstseitenzahl gebunden. Wir sind bemüht die Artikel nachzuschicken.

Bitte diese Unterschriftenliste zurücksenden an das Friedensbüro Kastellaun, Bopparderstr. 25, 5448 Kastell aum
Diese Unterschriften sollen übergeben werden an: Comm. Hummel vom Stationierungsgelände in Hasselbach,
Byw. Pentagon. Bundeskanzler Kohl und an regionale Politiker

UNTERSCHRIFTENLISTE der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel

Nachdem das INF-Abkommen (Abkommen über die Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen) unterzeichnet wurde, wird es für uns Bürger und Bürgerinnen im Hunsrück, aber auch an anderen Orten der BRD immer uneinsichtiger, warum die Cruise-Missile-Konvois weitere Übungsfahrten abhalten und warum das Stationierungsgelände weiterhin ausgebaut wird. Nach Aussagen des Bundesverteidigungsministeriums sollen die Cruise-Missiles bis zu drei weiteren Jahren einsatzbereit gehalten werden. Die Begründung, die Abschreckung müsse bis zuletzt aufrecht erhalten werden, leuchtet nicht ein.

In der CSSR und in der DDR wurde mit dem Abbau vergleichbarer Raketens bereits begonnen. Wäre nicht auch bei uns im Westen ein Zeichen für echten Abrüstungswillen angebracht ? Wir müssen endlich von den alten Feindbildern abrücken, als könne die andere Seite nur mit massiver Bedrohung in Schach gehalten werden.

Desweiteren weisen wir darauf hin, daß die massive Bedrohung der gesamten Menschheit durch die Cruise-Missiles seit der Unterzeichnung des INF-Abkommens in keiner Weise geringer geworden ist und dieses auch nicht wird, es sei denn, man würde darauf verzichten, diese gefährlichen Raketen weiterhin einsatzbereit zu halten.

Wir können und wollen diese Bedrohung nicht weiter hinnehmen!

Deshalb fordern wir:

- sofortige Einstellung aller Cruise-Missile-Manöver
- sofortiger Baustopp auf dem Stationierungsgelände
- Abbau der Raketen, so bald wie möglich
- Abrüstung auch im Denken

Name, Vorname	Wohnort	Unterschrift
---------------	---------	--------------

Unterschriftenlisten im Büro bestellen!